

Fachbereich 4 (5 Ex)
Naturwissenschaftliche Fakultät
alle Institute des FB 4
Abteilung 36 (25 Ex)

Aushang

Nr. 156
14.01.2000

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina
zu Braunschweig

Redaktion:
TU-Abteilung 36
Pockelsstraße 14
38106 Braunschweig
Tel. 0531/391-4308
Fax 0531/391-4575

97006464

Ordnung über die Feststellung der Eignung und die Zulassung für den Weiterbildungsstudiengang „Psychologische Psychotherapie“

Hiermit wird die vom Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur mit Erlaß vom 29.09.1999 (Az: 11 B.1-74500-82) genehmigte Ordnung über die Feststellung der Eignung und die Zulassung für den Weiterbildungsstudiengang „Psychologische Psychotherapie“ als gemeinsamer Studiengang der Technischen Universität Braunschweig und der Universität Göttingen hochschulöffentlich bekanntgemacht.

Die Ordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung, am 15.01.2000, in Kraft.

Universitäts-
Bibliothek
Braunschweig

**Ordnung über die Feststellung der Eignung und die Zulassung zum
Weiterbildenden Studiengang
"Psychologische Psychotherapie"
als gemeinsamer Studiengang der Technischen Universität
Braunschweig und der Universität Göttingen**

§ 1

Zulassungszahl, Zulassungstermin

- (1) Für den Weiterbildenden Studiengang „Psychologische Psychotherapie“ WSPP wird die Zulassungszahl der aufzunehmenden Bewerberinnen und Bewerber auf 18 pro Zulassungstermin festgesetzt.
- (2) Die Zulassung der Bewerberinnen und Bewerber erfolgt alle 12 Monate zum 1.10. eines Jahres.

§ 2

Zugangsvoraussetzungen

- (1) Das weiterbildende Studium nach § 12 Absatz 3 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) steht Bewerberinnen und Bewerbern nach abgeschlossener Diplomprüfung im Studiengang Psychologie mit dem Fach Klinische Psychologie an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule offen.
- (2) Zugangsvoraussetzung ist des Weiteren die persönliche Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers für den Beruf der Psychologischen Psychotherapeutin bzw. des Psychologischen Psychotherapeuten.

§ 3

Zulassungsantrag, Bewerbungsfrist

- (1) Der Zulassungsantrag muss mit den gemäß Abs. 2 erforderlichen Bewerbungsunterlagen bei der Leiterin/dem Leiter des Weiterbildenden Studienganges (siehe Absatz 3) bis zum 15.6. eines Jahres eingegangen sein (Ausschlussfrist). Er gilt nur für die Vergabe der Ausbildungsplätze des betreffenden Zulassungstermins.
- (2) Dem Zulassungsantrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
 1. Vor- und Hauptdiplom-Urkunde des universitären Studienganges Psychologie
 2. Darstellung des persönlichen und beruflichen Werdegangs
 3. Praktika-Bescheinigungen
 4. Zeugnisse bisheriger Berufstätigkeit
 5. Bescheinigungen und/oder Zeugnisse über bisherige Fort- und Weiterbildungen
 6. Eine Erklärung, in der die Bewerberin oder der Bewerber sich verbindlich verpflichtet, im Falle der Zulassung und Annahme des Studienplatzes die für das Studium festgesetzten Gebühren gemäß § 8 fristgerecht zu entrichten.
- (3) Die Bewerbung ist schriftlich zu richten an die Leiterin/den Leiter des Weiterbildenden Studienganges, Christoph-Dornier-Stiftung für Klinische Psychologie, Konstantin-Uhde-Str. 4, 38106 Braunschweig.
- (4) Dem Zulassungsantrag ist ein Beleg über die Zahlung eines einmaligen Entgelts in Höhe von DM 150 für die Teilnahme am Auswahlgespräch beizufügen.

§ 4

Zulassungsverfahren

- (1) Erfüllen die Bewerberinnen und Bewerber die Zugangsvoraussetzungen gemäß § 2 Abs. 1, wird in einem ca. dreißigminütigen Auswahlgespräch festgestellt, ob die persönliche Eignung der Bewerberin bzw. des Bewerbers gegeben ist.
- (2) Die Auswahl erfolgt für alle Bewerberinnen und Bewerber nach dem in § 5 festgelegten Verfahren.
- (3) Die Entscheidung über die Auswahl trifft der „Gemeinsame Ausschuss“ (GA), nachdem alle Bewerberinnen und Bewerber sich vorgestellt haben und die Bewerbungsfrist (§ 3 Abs. 1) abgelaufen ist.
- (4) Über die Zulassung entscheidet die Hochschule auf Vorschlag des „Gemeinsamen Ausschusses“.

§ 5

Auswahlverfahren

- (1) Das Auswahlverfahren besteht aus zwei Stufen:
Die erste Stufe (Absatz 2) stützt sich auf die schriftlichen Bewerbungsunterlagen, die mit dem Zulassungsantrag eingehen müssen. Die zweite Stufe besteht aus einem mündlichen Auswahlgespräch (Absatz 3).
- (2) Bei der ersten Stufe des Auswahlverfahrens wird eine Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber mit Hilfe des im folgenden aufgeführten Punktesystems aufgestellt:

Examensnote „sehr gut“	4 Punkte
Examensnote „gut“	3 Punkte
Examensnote „befriedigend“	2 Punkte
Einschlägige Berufserfahrung nach dem Studium	2 Punkte
Studienbegleitende Berufserfahrung (Praktikum von mindestens sechs Wochen Dauer im psychotherapeutischen/psychiatrischen Bereich)	1 Punkt.

 Voraussetzung zur Teilnahme an der zweiten Stufe des Auswahlverfahrens ist das Erreichen von mindestens 4 Punkten.
- (3) Die zweite Stufe des Auswahlverfahrens dient der Feststellung der persönlichen Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers. In einem dreißigminütigen Auswahlgespräch hat die Bewerberin oder der Bewerber ihr/sein besonderes Interesse und ihre/seine genügende Befähigung zur Ausübung Psychologischer Psychotherapie nachzuweisen. Der Zulassungsausschuss (siehe § 6) vergibt Punkte von 0 (keine Eignung) bis 4 (sehr gute Eignung).
- (4) Die Reihenfolge für die Vergabe der Ausbildungsplätze bestimmt sich nach der insgesamt erreichten Punktzahl. Bei gleichem Punktestand bestimmen die in der zweiten Auswahlstufe erreichten Punkte die Reihenfolge. Bei dann noch gegebener Ranggleichheit entscheidet das Los.

§ 6

Zulassungsausschuss

Dem Zulassungsausschuss gehören zwei Mitglieder des „Gemeinsamen Ausschusses“ an, und zwar je ein Mitglied aus dem universitären Bereich und je ein Mitglied aus dem Bereich der Praxis. Der „Gemeinsame Ausschuss“ kann weitere Praxisvertreter benennen. Die Amtszeit der Mitglieder endet nach drei Jahren.

§ 7**Zulassungs- und Ablehnungsbescheid, Nachrückverfahren**

- (1) Die Bewerberinnen und Bewerber für den Weiterbildenden Studiengang auf den Rangplätzen 1 bis 18 erhalten einen Zulassungsbescheid. In dem Zulassungsbescheid bestimmt die Leiterin/der Leiter des Weiterbildenden Studiengangs einen Termin, bis zu dem erklärt werden muss, ob die Zulassung zum Weiterbildungsstudiengang angenommen wird. Liegt der Leiterin oder dem Leiter die Erklärung bis zu diesem Termin nicht vor, so wird der Zulassungsbescheid unwirksam.
- (2) Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zugelassen werden können, erhalten einen Ablehnungsbescheid. In dem Ablehnungsbescheid sind im Fall der gemäß § 2 nicht erfüllten Zugangsvoraussetzungen zur Begründung die erreichte Punktzahl sowie die Punktzahl der letzten zugelassenen Bewerberin oder des letzten zugelassenen Bewerbers anzugeben.
- (3) Sofern zugelassene Bewerberinnen und Bewerber den Studienplatz nicht annehmen oder von einem angenommenen Studienplatz zurückgetreten sind, können entsprechend der Rangliste nach § 5 weitere Zulassungen ausgesprochen werden, soweit dies vor dem jeweiligen Studienbeginn noch möglich ist.

§ 8**Gebühren und Entgelte**

- (1) Gemäß § 81 NHG soll die Hochschule von Personen, die an einem Weiterbildungsstudium teilnehmen, Gebühren oder Entgelte erheben. Für den Weiterbildungsstudiengang "Psychologische Psychotherapie" wird eine Gebühr in Höhe von DM 700,- pro Monat für die Dauer der dreijährigen Ausbildung festgesetzt. Die Gebühr ist jeweils bis zum 3. eines Monats an das den Studierenden zu benennende Konto zu überweisen. Die Gebühren werden verwendet zur Finanzierung der Organisation des WSPP und der Institutsambulanz, der im Weiterbildungsstudiengang lehrenden Dozentinnen und Dozenten, der Leiterinnen und Leiter der Selbsterfahrungsanteile und der Fachaufsicht und Supervision während der praktischen Ausbildung in der Institutsambulanz.
- (2) Die Verpflichtung zur Zahlung der Gebühren besteht grundsätzlich auch dann, wenn die angebotenen Leistungen nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Da die Angebote des Weiterbildungsstudienganges nur mit den Studiengebühren finanziert werden, entbindet auch ein Studienabbruch nicht von der Zahlung der Gebühren gemäß Absatz 1. Bei einem Studienabbruch aus wichtigem Grund (z. B. Krankheit) wird die Gebühr jedoch auf den Betrag reduziert, der zur allgemeinen Sicherstellung des Lehrangebots (Fixkosten) - anteilig je Studienplatz - beiträgt. Diese Regelung soll sicherstellen, dass die Ausbildung der verbleibenden Ausbildungskandidaten sichergestellt ist, wenn Kandidaten ausscheiden. (Vertrauensschutz der verbleibenden Teilnehmer und Verpflichtung des WSPP-BS/GÖ).

§ 9**In-Kraft-Treten**

Diese Ordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.